

Ausgewählte positive Initiativen

Die Situation von Roma-EU-Bürgern, die in andere EU-Mitgliedstaaten übersiedeln

November 2009

**Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre
Fragen zur Europäischen Union zu finden**

**Gebührenfreie Telefonnummer (*):
00 800 6 7 8 9 10 11**

(* Einige Mobilfunkanbieter gewähren keinen Zugang zu 00 800-Nummern
oder berechnen eine Gebühr.

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet,
Server Europa (<http://europa.eu>).

Bibliografische Daten befinden sich am Ende der Veröffentlichung.

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2010

ISBN-13: 978-92-9192-548-3
doi: 10.2811/34984

© Europäische Gemeinschaften, 2010
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Druck: Belgien

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Die Situation von Roma-EU-Bürgern, die in andere EU-Mitgliedstaaten übersiedeln

Ausgewählte positive Initiativen

November 2009

DISCLAIMER: Dieser Bericht wurde im Rahmen eines Dienstleistungsvertrags mit der FRA erstellt. Die darin vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt der offiziellen Auffassung der Agentur, die die Arbeit in Auftrag gegeben hat.

Inhalt

EINLEITUNG	6
POSITIVE INITIATIVEN AUF EU-EBENE	7
EUROPÄISCHE KOMMISSION	7
POSITIVE INITIATIVEN AUF NATIONALER EBENE.....	7
UMSETZUNG DER FREIZÜGIGKEITSRICHTLINIE	7
SOZIALE EINGLIEDERUNG IM BILDUNGSWESEN.....	8
POSITIVE INITIATIVEN AUF REGIONALER EBENE	9
INTEGRIERTER PLAN FÜR ROMA IN KATALONIEN.....	9
POSITIVE INITIATIVEN AUF LOKALER EBENE	10
INTEGRATION VON ROMA-FAMILIEN IN CESSON	10
INTEGRIERTE WOHNANGEBOTE IN PISA	11
MAßNAHMEN GEGEN DAS BETTELN VON KINDERN IN CORDOBA	12
ZUSAMMENARBEIT MIT LOKALEN BEHÖRDEN	14
MAßNAHMEN DER ZIVILGESELLSCHAFT.....	14
EINRICHTUNG DES NRO-NETZES FÜR DIE RECHTE DER ROMA „ROMEUROPE“	14
FÖRDERUNG DER INTEGRATION VON ROMA AUS OSTEUROPÄISCHEN LÄNDERN	15
„RECHT AUF SCHULE, RECHT AUF ZUKUNFT“	17
NEIGHBOURHOOD MANAGEMENT GROUP – ERFOLGREICHES KOOPERATIONSPROJEKT MIT DER ROMA-GEMEINSCHAFT IN GLASGOW	18
DER KÜNFTIGE WEG.....	18
ENDNOTEN	20

Einleitung

Die Migrationsbewegungen von Roma-EU-Bürgern haben sich seit den EU-Erweiterungen 2004 und 2007 deutlich verändert. Die Richtlinie 2004/38/EG des Rates über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten (Freizügigkeitsrichtlinie)¹, die im April 2006 in Kraft trat, hat auch das Umfeld für diese Migration erheblich verändert. Anhand von Daten, die hauptsächlich aus qualitativen Primäruntersuchungen in **Finnland, Frankreich, Italien, Spanien** und dem **Vereinigten Königreich** stammen, bietet dieser Bericht einen Überblick über positive Initiativen zur sozialen Eingliederung von Roma-EU-Bürgern, die in anderen EU-Mitgliedstaaten leben.

In den Forschungsarbeiten wurden die Erfahrungen von romastämmigen EU-Bürgern untersucht, die ihr Freizügigkeits- und Aufenthaltsrecht nutzen. Es werden positive Initiativen zur sozialen Eingliederung von Roma vorgestellt, die als EU-Bürger in Mitgliedstaaten außerhalb ihres Herkunftslandes leben. Solche Initiativen finden oft im Rahmen einer umfassenderen Politik zur sozialen Eingliederung der Roma statt.

Aus den Untersuchungen wird deutlich, dass **die Unionsbürgerschaft selbst eine „bewährte Praxis“ darstellt**. Roma können sich als EU-Bürger allgemein freier und selbstbestimmter bewegen als sie es mit einem anderen Status – z. B. als Flüchtlinge, Wanderarbeitnehmer oder Arbeitnehmer ohne Papiere – konnten. Die Untersuchungen zeigen jedoch, dass Roma auch als EU-Bürger in den Aufnahmemitgliedstaaten soziale Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus erleben. In allen untersuchten Ländern war der Bedarf an aktiven Maßnahmen zur Förderung der sozialen Eingliederung nur allzu offensichtlich. Derzeit besteht ein eklatanter Mangel an Strategien auf nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene, die die soziale Eingliederung von EU-Bürgern einschließlich der Roma und anderer Gruppen fördern.

In den Studien wurden bewährte Praktiken vor allem auf lokaler Ebene ermittelt, wo lokale Behörden sich konstruktiv mit Problemen der Roma und Traveller bzw. der Roma und Traveller aus anderen EU-Mitgliedstaaten auseinandergesetzt haben. Solche bewährten Praktiken funktionieren dann besonders gut, wenn sie darauf ausgerichtet sind, eine

Verbindung zwischen den Erwartungen und Erfahrungen der Roma und der Bürger in der „Gastgesellschaft“ herzustellen, und wenn Maßnahmen ganzheitlich konzipiert werden und miteinander zusammenhängende Problembereiche, wie z. B. Beschäftigung, Wohnungswesen, Bildung usw. gleichzeitig angehen.

Aktivitäten der Zivilgesellschaft funktionieren am besten, wenn eine relativ starke konstruktive Partnerschaft zwischen öffentlichen Behörden und NRO besteht. Je aktiver die Partnerschaften – die **„vernetzte Arbeit“ aller Beteiligten in den verschiedenen Sektoren und auf den verschiedenen Ebenen** (öffentlich-rechtlicher, freiwilliger und sozialer Bereich sowie supranationale, nationale, regionale und kommunale Ebene) –, desto eher wirkt ein Programm positiv, ganzheitlich und integrativ zum Nutzen der romastämmigen EU-Bürger. Das zeigt auch, dass vertikale und horizontale Synergien unabdingbar sind – keine dieser Maßnahmen funktioniert für sich allein.

Die Untersuchungen legen zudem die Vermutung nahe, dass kleine und lokale Initiativen genauso wichtig sind wie groß angelegte Maßnahmen. Sie setzen bei real existierenden Familien an, die ihre Freizügigkeit nutzen, und nicht bei einer eher abstrakten Vorstellung von „den Roma“, wie negativ oder positiv dieser Begriff auch konnotiert sein mag. Auf dieser Mikroebene lernen Bürger und lokale Behörden einzelne Roma-Familien als Menschen kennen und treten mit ihnen in Kontakt, was auch zu mehr Empathie und Solidarität führt.

2009 veröffentlichte die Europäische Kommission klare Leitlinien zur Anwendung der Freizügigkeitsrichtlinie². **Diese Art der Hilfestellung ist per se eine empfehlenswerte Praxis**, da eine nicht ordnungsgemäße Anwendung der Richtlinie oft negative Auswirkungen auf Roma-EU-Bürger hat.

In den Mitgliedstaaten wird eine Vielzahl von Ad-hoc-Maßnahmen ergriffen, die nützliche Vorlagen für künftige Aktionen liefern können, aber selten in eine strategische Planung eingebunden sind. Auch auf internationaler und supranationaler Ebene (vor allem im EU-Bereich) zeigen sich Ansätze für Strategien und Pläne, aus denen sich allmählich ein Rahmen für aktive Maßnahmen ergibt. Parallel ist ein Netz von NRO-Aktivitäten vorhanden, das ebenfalls einen entsprechenden Rahmen bildet. Die Kernfrage ist und bleibt, wie sich diese Netze mit positiven Initiativen vor Ort auf kommunaler und regionaler Ebene verbinden können und sollten.

Positive Initiativen auf EU-Ebene

Europäische Kommission

In Bezug auf die Freizügigkeit im Allgemeinen richten sich die EU-weiten Maßnahmen zur Freizügigkeit und zum Niederlassungsrecht in der gesamten Union³ und zu ihrer Förderung vor allem an erwerbstätige EU-Bürger. So bietet z. B. EURES – das europäische Portal zur beruflichen Mobilität – „leicht und schnell Informationen über Stellen- und Ausbildungsangebote in Europa“⁴. Auch die Europäische Kommission bietet auf ihrer Internetseite grundlegende Informationen in leicht verständlicher Form über Bürgerrechte einschließlich des Freizügigkeits- und Niederlassungsrechts im Bereich „Europa für Sie – Bürger“, in dem die Bürger „Näheres über Wohnen, Arbeiten und Studieren in einem anderen Land der Europäischen Union erfahren“.⁵ Im Portal der Europäischen Union „Europa für Sie“ finden Bürger und Unternehmen praktische Informationen über ihre Rechte und Chancen in der EU. Im Mittelpunkt stehen konkrete Situationen im grenzüberschreitenden Umfeld, z. B. wenn europäische Bürger in einem anderen EU-Land arbeiten, leben und studieren möchten oder europäische Unternehmen umziehen oder anderswo in der EU eine neue Niederlassung eröffnen wollen. Das Portal bietet sehr detaillierte Informationen über die Rechte der EU-Bürger, z. B. das Aufenthalts- und Niederlassungsrecht in einem anderen Mitgliedstaat, Sozialleistungen, Recht auf Zugang zur Beschäftigung, Übergangsbestimmungen für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Arbeitssuche und Wahlrechte usw.

Positive Initiativen auf nationaler Ebene

Umsetzung der Freizügigkeitsrichtlinie

Gemäß Artikel 7 der Freizügigkeitsrichtlinie hat jeder Unionsbürger das Recht auf Aufenthalt im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats für einen Zeitraum von über drei Monaten, wenn er „für sich

und seine Familienangehörigen über ausreichende Existenzmittel verfügt, so dass sie während ihres Aufenthalts keine Sozialhilfeleistungen des Aufnahmemitgliedstaats in Anspruch nehmen müssen, und er und seine Familienangehörigen über einen umfassenden Krankenversicherungsschutz im Aufnahmemitgliedstaat verfügen“. Da die Richtlinie die Auferlegung dieser Voraussetzung erlaubt, aber nicht verlangt⁶, können die Mitgliedstaaten andere Regelungen erlassen.

Die spanische Regierung beschloss beispielsweise, diese Bestimmung gar nicht umzusetzen. Die Freizügigkeitsrichtlinie wurde in spanisches Recht umgesetzt durch das Königliche Dekret Nr. 240/2007⁷ *Real Decreto sobre entrada, libre circulación y residencia en España de ciudadanos de los Estados miembros de la Unión Europea y de otros Estados parte en el Acuerdo sobre el Espacio Económico Europeo* [Königliches Dekret über die Einreise, Freizügigkeit und den Aufenthalt in Spanien von Bürgern von EU-Mitgliedstaaten und anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum]⁸. Die spanischen Behörden verzichteten nach Rücksprache mit dem *Foro para la Integración Social de los Inmigrantes* [Forum für die soziale Integration von Einwanderern] sowie der Comisión Permanente de la Comisión Laboral Tripartita [Ständiger Ausschuss der dreiseitigen Arbeitsmarktkommission] und der Comisión Interministerial de la Extranjería [Interministerielle Kommission für Ausländerfragen] auf eine Erwähnung der „*ausreichenden Existenzmittel*“.

„Einer der wichtigsten Aspekte ist, dass der spanische Gesetzgeber [...] ein bedingungsloses Aufenthaltsrecht für Unionsbürger festlegt. Die Meldepflicht besteht zwar, Unionsbürger müssen aber nur ihre Identität und Staatsangehörigkeit nachweisen. Sonstige Voraussetzungen (eine abhängige oder selbstständige Beschäftigung, wirtschaftliche Unabhängigkeit oder Studentenstatus) sind nicht zu erfüllen. Familienangehörige müssen, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, nur die verwandtschaftliche Beziehung oder Abhängigkeit nachweisen, um ein vom Anspruch des Unionsbürgers abgeleitetes Aufenthaltsrecht zu genießen. Ein Unionsbürger muss **in Spanien** somit nicht nachweisen, dass er für sich und seine Familienangehörigen über ausreichende Existenzmittel verfügt, so dass sie während ihres Aufenthalts keine Sozialhilfeleistungen des Aufnahmemitgliedstaats in Anspruch nehmen müssen. Die Freizügigkeitsrechte können lediglich aus Gründen der öffentlichen

Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit eingeschränkt werden".⁹

Diese Vorgehensweise erleichtert in der Praxis die soziale Integration von EU-Bürgern (ob Roma oder nicht) ungemein.

Soziale Eingliederung im Bildungswesen

Im „School admissions code“ [Schulaufnahmegesetz] des **Vereinigten Königreichs** vom Februar 2009 ist die Bildung von Staatsangehörigen aus Ländern des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) geregelt, die sich rechtmäßig „um zu arbeiten oder zu anderen wirtschaftlichen Zwecken“ im Vereinigten Königreich aufhalten.¹⁰ Dank der im Bildungssystem des Vereinigten Königreichs fest verankerten antirassistischen und multikulturellen Praxis ist das Bildungsangebot für Roma-Kinder positiv und integrativ gestaltet. Dazu tragen verschiedene Faktoren bei. Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse, Antirassismus und Multikulturalismus werden als Querschnittsaufgabe angesehen, und daher sind die Thematisierung der Vielfalt und deren Achtung bereits ein zentrales Element der Bildungspraxis. So müssen zur Eingliederung einer weiteren ethnischen Minderheit lediglich Routineverfahren angepasst werden. Diese neue Erfahrung der sozialen Eingliederung im Bildungswesen war oft ein entscheidender Faktor im Leben von Roma-EU-Bürgern, die ihr Freizügigkeits- und Aufenthaltsrecht ausüben. *„Für uns wiegt das Gefühl, zur lokalen Gemeinschaft zu gehören, am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben teilzunehmen, unseren Kindern, die die Regelschule besuchen können, eine Zukunft bieten zu können, die negativen Seiten, die es hat, im Ausland ein neues Leben anzufangen, mehr als auf.“*¹¹

Mehrere nationale Bildungsstrategien sind nützliche Modelle für empfehlenswerte Praktiken speziell in Bezug auf „Sinti/Roma/Traveller“. Zunächst einmal existiert eine übergreifende Politik der sozialen Eingliederung. In dem Dokument des Ministeriums für Kinder, Schule und Familie *„The Inclusion of Gypsy, Roma and Traveller Children and Young People“* [Die Eingliederung von Kindern und Jugendlichen aus den Gruppen der Sinti und Roma und Traveller] heißt es klipp und klar:

„Viel zu lange hat die Gesellschaft Menschen aus diesen Gemeinschaften gemieden. Das hat bei ihnen zu einem wachsenden Misstrauen gegenüber Behörden geführt und bewirkt, dass viele

Generationen keine gute Bildung erworben haben. Können Sie sich vorstellen, wie schwierig es für ein Kind ist zu lernen, wenn es ständig befürchten muss, als Sinti, Roma oder Traveller bloßgestellt zu werden? Wir müssen ein Lernumfeld schaffen, das alle Kinder einbezieht. Alle kulturellen Hintergründe sollten mit Verständnis und Achtung behandelt werden. Kinder aus Sinti-, Roma und Traveller-Gemeinschaften sollten sich in der Schule sicher und geschätzt fühlen, so dass Eltern und Schüler stolz zu ihrer Identität stehen können. Die Schulen haben heute die Pflicht, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und müssen gerade diesem Bereich Aufmerksamkeit schenken. Wir wissen, dass Kinder aus Sinti- und Roma und Traveller-Gemeinschaften genauso gute Leistungen erbringen können wie jedes andere Kind. Einige Ihrer Arbeitskollegen stammen aus diesen Gemeinschaften. Lokale Behörden und Schulen müssen unbedingt funktionierende Kontakte mit Eltern und Kindern aus diesen Gemeinschaften pflegen. Wir müssen lokale Behörden, Schulen, Eltern und Schüler sensibilisieren und motivieren, um die notwendigen grundlegenden Veränderungen zu erreichen. Diese Leitlinien sollen praktische Lösungen für lokale Behörden und Schulen für die Eingliederung von Kindern und Jugendlichen aus den Gemeinschaften der Sinti und Roma und der Traveller bieten. Ein Schlüsselfaktor sind Kenntnisse der Geschichte, Kultur und Sprache der Sinti und Roma- und Traveller-Gemeinschaften. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass eine sachkundige Einbindung in den Lehrplan und die Unterrichtsmaterialien für alle Schüler Barrieren abbauen kann. Eine solche Praxis ist wirksam, wenn Schüler sehen, dass ihre Identität anerkannt wird. Die Kinder und Jugendlichen fühlen sich einbezogen, gestärkt und motiviert, und das wirkt sich positiv auf ihren Schulbesuch und ihre Leistungen aus.“¹²

Wichtig ist auch, dass in der Schulerhebung des Vereinigten Königreichs Sinti und Roma als gesonderte Kategorie geführt werden.

„Sinti und Roma – Diese Kategorie umfasst Schülerinnen und Schüler, die sich als „Gypsies“ bzw. Roma, Traveller bzw. „Traditional Travellers“; „Romanichals“ bzw. „Romanichal Gypsies“; „Welsh Gypsies/Kaale“ bzw. „Scottish Travellers/Gypsies“, oder einfach Roma bezeichnen. Dazu gehören alle Kinder aus der Ethnie der Sinti und Roma, unabhängig davon, ob sie nomadisch, seminomadisch oder sesshaft leben.“¹³

Die Identifizierung der Roma-Kinder und die Begleitung ihrer Fortschritte wird somit als Kernelement ihrer Eingliederung betrachtet. Parallel

zu dieser Strategie existiert ein Paket weiterer Maßnahmen. Dazu gehören Maßnahmen, die speziell auf die Verbesserung der Lebensbedingungen für diese spezifische Gruppe von Kindern abzielen. Der Bericht des Ministeriums für Kinder, Schule und Familie von 2008 „*Raising the achievements of Gypsy, Roma and Traveller pupils*“ von 2008 leistet beispielsweise diesbezüglich einen wesentlichen strategischen Beitrag.¹⁴

Dazu kommt, dass im **Vereinigten Königreich** die lokalen Behörden für die Bildung zuständig sind und jede Behörde über eine nicht unwesentliche Autonomie bei der Umsetzung der nationalen Politik verfügt. In diesem Rahmen gibt es jedoch Standardmodelle für die Bildung von Sinti/Roma/Travellern zur Unterstützung von Kindern von EU-Bürgern aus der Roma-Gemeinschaft in der Schule. Innerhalb der Struktur der Children's Services¹⁵ (behördliche Dienste für Kinder) sind die wichtigsten Dienste der lokalen Behörden die Traveller Education Services (TES, Traveller-Bildungsdienste)¹⁶ und der Ethnic Minority Achievement Service (EMAS Dienst zur Förderung des Schulerfolgs für ethnische Minderheiten). Beide arbeiten mit Kindern von Roma-EU-Bürgern und kooperieren mit anderen Einrichtungen wie z. B. Sozialdiensten und Trusts für die Grundversorgung¹⁷.

Aufgrund der Arbeit von TES/EMAS mit Kindern im schulpflichtigen Alter spielen Vertreter von Bildungsdiensten eine zentrale Rolle bei der Pflege von Kontakten mit anderen Familienmitgliedern jeden Alters, z. B. Eltern, erwachsenen Kindern, Kindern unter fünf Jahren sowie Kindern im schulpflichtigen Alter, die nicht zur Schule gehen. Die Vertreter der TES oder des EMAS haben entscheidend dazu beigetragen, Informationen über Roma-Familien aus der EU zu erhalten und Kontakt zu den Befragten sowie zu Vertretern lokaler NRO zu knüpfen.

Das ist möglich, weil die lokalen Behörden im Rahmen der jährlichen Schulerhebung „Pupil Level Annual School Census (PLASC)¹⁸ regelmäßige Informationen über die ethnische Herkunft der Schüler erhalten. Die PLASC, die im Januar 2003 eingeführt wurde, erfasst Daten zu standardisierten Kategorien der ethnischen Herkunft, darunter Sinti und Roma und irische Traveller. Die Schulen sind verpflichtet, die Auswirkungen ihrer Strategien auf die Eingliederung dieser Gruppen zu bewerten.

Das Bildungsangebot für Roma-Kinder aus EU-Staaten ist ein Beispiel für bewährte Praxis auf der Ebene eines Mitgliedstaats, die auf dessen Einsatz

für soziale Eingliederung fußt. Das Vorhandensein breit angelegter multikultureller und antirassistischer Strategien sowie spezieller Politiken für Sinti und Roma/Traveller tragen zur Entwicklung eines Bildungsangebots bei, das Roma aus EU-Staaten integriert und eingliedert.

Positive Initiativen auf regionaler Ebene

Integrierter Plan für Roma in Katalonien

Spanien bietet das wichtigste Beispiel einer strategischen Planung auf der Ebene der Regionalregierungen zur Verbesserung der Situation von Roma aus anderen in dieser Studie untersuchten Mitgliedstaaten. Offiziell verfügt der spanische Staat über ein übergreifendes Politikinstrument zur Gestaltung der Leitlinien zur Förderung der Eingliederung von Roma, das *Programa de Desarrollo del Pueblo Gitano* [Entwicklungsprogramm für die Roma-Bevölkerung]. Dieses Programm betrifft Roma aus anderen EU-Mitgliedstaaten nicht. Auf Regionalebene gilt jedoch der *Pla Integral del Poble Gitano a Catalunya* [Integrierter Plan für die Roma-Bevölkerung in Katalonien – Katalanischer Plan]¹⁹ als empfehlenswertes Beispiel bewährter Praxis im Hinblick auf die strategische Planung einer Regionalregierung zur Eingliederung der Roma²⁰, der speziell auf in Katalonien lebende Roma aus anderen Mitgliedstaaten ausgerichtet ist.

Der katalanische Plan ist in den untersuchten Ländern einzigartig: Er ist das einzige Beispiel einer direkten Einbindung der Anliegen von Roma aus anderen Mitgliedstaaten in die politische Strategie einer Regionalregierung in Bezug auf die Roma. Der erste *Pla integral del poble gitano a Catalunya 2005-2008* [Integrierter Plan für die Roma-Bevölkerung in Katalonien 2005-2008] betraf gezielt die Situation der Roma, die aus Osteuropa nach Katalonien kommen. Roma aus anderen EU-Mitgliedstaaten wurden in dem Plan also ausdrücklich genannt und angesprochen – dies allein ist schon eine nur hier beobachtete empfehlenswerte Praxis.²¹ Im neuen katalanischen Plan wird diese Arbeit weiterentwickelt. Die Regierung hat außerdem für seine Durchführung Finanzmittel von etwa 3,5 Millionen EUR jährlich genehmigt. Durch diese

Maßnahme wird die bisherige Arbeit mit Roma aus der EU weiterentwickelt und ein wichtiges Beispiel für andere Regional- und Nationalregierungen gegeben.

Der neue Plan richtet sich mit vier verschiedenen Politikmaßnahmen speziell an Roma aus osteuropäischen Ländern. Außerdem wird die Verantwortung und Mitarbeit der Regierung in allen folgenden Maßnahmen klargestellt:

- **Maßnahme 6:** Einrichtung eines Verfahrens zur Einleitung gezielter Maßnahmen in Krisensituationen im Zusammenhang mit dem Zuzug von Roma aus osteuropäischen Ländern. Einführung dieses Verfahrens.

Zuständig: Katalanisches Ministerium für Soziales und Staatsbürgerschaft – Sekretariat für Einwanderung

- **Maßnahme 13:** Koordinierung des interministeriellen Ausschusses für Fragen der Roma aus osteuropäischen Ländern.

Zuständig: Katalanisches Ministerium für Regierungsführung und öffentliche Verwaltung – Sekretariat für Bürgermaßnahmen

- **Maßnahme 37:** Bereitstellung von Schulungsmaßnahmen über die neu zugezogenen Roma aus osteuropäischen Ländern (Schulung von Fachkräften).

Zuständig: Katalanisches Ministerium für Soziales und Staatsbürgerschaft – Sekretariat für Einwanderung

- **Maßnahme 39: 2.2** Förderung des Schulerfolgs von Roma-Schülern aus osteuropäischen Ländern. Bereitstellung von Unterrichtsangeboten für Roma-Kinder aus osteuropäischen Ländern.

Zuständig: Katalanisches Bildungsministerium²².

Es ist zwar noch zu früh für eine Bewertung der praktischen Maßnahmen im Rahmen des neuen katalanischen Plans, doch der Grundsatz der Einbeziehung und gezielten Berücksichtigung von Roma aus EU-Ländern in umfassenderen Maßnahmen zur sozialen Eingliederung ist sehr wichtig. Klar ist, dass eine ähnliche strategische Planung im Hinblick auf die Ausübung der Freizügigkeitsrechte in der gesamten EU vonnöten ist. In **Spanien** im Allgemeinen und in Katalonien im Besonderen wird dieser Ansatz durch die praktische Arbeit von Organisationen der Zivilgesellschaft, die

von der EU und dem Staat in erheblichem Umfang finanziell unterstützt werden, positiv ergänzt. Dieses Beispiel zeigt, dass umfassende nationale Maßnahmen zur sozialen Integration einheimischer Roma meist auch den Roma aus anderen Mitgliedstaaten zugute kommen. In diesem größeren Rahmen ist die Eingliederung von Roma aus anderen Mitgliedstaaten im katalanischen Plan das beste Beispiel für bewährte Praxis auf regionaler Ebene.

Positive Initiativen auf lokaler Ebene

Integration von Roma-Familien in Cesson

Frankreich bietet ein nützliches Beispiel für eine positive Initiative einer kleinen Kommune zur Integration mehrerer Roma-Familien aus anderen EU-Staaten. Im Oktober 2008 ordnete das Gericht von Melun die Räumung des Lagerplatzes für Traveller in Cesson an, den 15 Familien seit mehreren Jahren besetzt hatten. Die Gemeinde Cesson beschloss daraufhin, vier Familien mit insgesamt 25 Personen in ihrem Stadtgebiet zu unterstützen, wobei sie vorrangig Familien berücksichtigte, deren Kinder die Gemeindeschule besuchten. Die Stadt Cesson brachte diese Familien auf einem neuen Gelände unter und startete einen Plan für ihre soziale Integration.²³

Mit dieser Initiative wollte die Stadt Cesson ihren Bürgern bewusst machen, dass die Integration ausländischer Familien möglich ist. Der Bürgermeister wird folgendermaßen zitiert:

„[...] wir können unsere Solidaritätspolitik nicht nur den traditionellen Einwohnern von Cesson zugute kommen lassen. Die Stadt darf nicht gleichgültig gegenüber der Notlage von Menschen sein, die von anderswo kommen, als gehe es uns nichts an, was im Rest der Welt geschieht. Im Sinne dieser Solidarität unterstützt die Gemeinde diese vier Familien bei der Arbeitssuche, der Legalisierung ihrer Papiere, der Wohnungssuche und den Bemühungen um einen regelmäßigen Schulbesuch der Kinder“.²⁴

Für alle an der Initiative beteiligten Parteien wurde ein Vertrag aufgesetzt, in dem die Rollen und

Verpflichtungen aller Sozialpartner im Hinblick auf den Erfolg der Initiative aufgeführt sind. Seine Unterzeichnung gab den Startschuss für das Projekt für die Familien. Er wurde am 14. November 2008 in Anwesenheit der Familien, des NRO-Verbands Romeurope²⁵ und von Vertretern der lokalen Behörden unterschrieben. Nach Aussage des stellvertretenden Bürgermeisters diente *„dieser Vertrag eher der Beruhigung der Bürger von Cesson als der Festlegung unserer Arbeit mit den Roma-Familien. Wir kannten diese Familien seit Monaten. Wir machten uns keine Sorgen, dass sie nicht in der Lage sein könnten, ihre Verpflichtungen einzuhalten“*.²⁶

Die beteiligten Familien, lokalen Behörden und Nichtregierungsorganisationen sind offenbar sehr zufrieden mit den Ergebnissen der Initiative. Viele Jahre lang lebten die Familien in äußerst instabilen und unsicheren Verhältnissen. Jetzt haben sie feste Wohnungen, eine reguläre Beschäftigung und ihre Kinder gehen zur Schule. Die Maßnahme hat einigen skeptischen Einwohnern von Cesson zudem gezeigt, dass die Aufnahme ausländischer Familien keine besonderen Schwierigkeiten verursacht. Ihre Anwesenheit in der Stadt ist nicht mehr umstritten.²⁷

Am 10. Juni 2009 veranstaltete die Stadtverwaltung in Cesson eine Pressekonferenz, um die soziale Integration der Roma-Familien zu bewerten und in Bezug auf den Vertrag vom November 2008 Bilanz zu ziehen. Auch Arbeitgeber, Lehrkräfte und Mitglieder der NRO Romeurope nahmen an der Konferenz teil, auf der der Bürgermeister von Cesson erklärte: *„In Zeiten, in denen viele Migranten ohne Papiere lieber ausweisen als sie zu integrieren, zeigen wir, dass die Aufnahme dieser Roma-Familien, die zuvor in einer sehr unsicheren Situation lebten, kein Problem ist, wenn der politische Wille vorhanden ist.“*²⁸

Integrierte Wohnangebote in Pisa

Seit 2002 organisiert die Kommune Pisa in **Italien** das Programm *Città sottili* [die fragilen Städte] in Zusammenarbeit mit der lokalen Gesundheitsbehörde *Unità Sanitaria Locale* [Lokale Verwaltungsstelle für Gesundheitswesen – USL] und verschiedenen Nichtregierungsorganisationen. Das Programm wird von der USL durchgeführt und von der Region Toskana finanziert.²⁹ Gesamtziel des Programms ist es, „Wege zur sozialen Eingliederung von Menschen zu schaffen, die in einer sozial stark ausgegrenzten Situation in sehr unzulänglichen Wohnverhältnissen leben“.³⁰ : Durch das Programm

soll „gemeinsam mit den Roma-Gemeinschaften in der Gemeinde ein Programm zur partizipatorischen Entwicklung eines Mediationsweges geschaffen werden, der die Schließung der Behelfslager und die Möglichkeit der sozialen Eingliederung eröffnet“.³¹ Die Maßnahmen werden von drei Roma-Mediatoren begleitet, und es finden regelmäßige Treffen zwischen den lokalen Behörden, NRO und der Roma-Gemeinschaft statt, um den sozialen Bedarf zu erfassen und die Ergebnisse zu überwachen. Das Programm richtet sich an ca. 450 Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien und etwa 40 aus Rumänien. Im Mittelpunkt steht die direkte Einbeziehung von Roma-Familien, die sich stärker für Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen einsetzen.

Das Programm beinhaltet Maßnahmen zur Unterstützung von Roma-Familien in segregierten unzureichend ausgestatteten „Behelfslagern“, denen Wohnmöglichkeiten in integrierten regulären Mietwohnungen angeboten werden. Die Familien werden dabei unterstützt, die Behelfslager zu verlassen und in reguläre Wohnungen zu ziehen, indem ihnen Wohnraum zugewiesen wird und zwischen Familien, Sozialdiensten und Vermietern ein „Sozialvertrag“ (Ziel: die Autonomie der Familie) geschlossen wird. Sie erhalten Hilfe bei der Finanzplanung für die Miet- und Nebenkosten, und im Rahmen des Programms werden individuell abgestimmte Pläne erstellt.

Durch dieses Programm werden Roma-Familien beim Zugang zu Wohnraum unterstützt. Dazu wurden Mietverträge zwischen Eigentümern und Wohnungsbauverbänden geschlossen, die als Partner des Programms die Wohnungen an Roma-Familien untervermieten. Durch die Mediationsaktivitäten des Programms wird auch der Zugang zu Sozialwohnungen und allgemein zugänglichen Wohnungen, die ausschließlich von Roma-Familien bezahlt werden, unterstützt.

Zwischen 2002 und 2007 wurden über 400 Roma, darunter auch rumänische Roma, beim Auszug aus ihren Behelfslagern unterstützt. Vier Behelfslager wurden endgültig geschlossen, und die Bewohner konnten in integrierte reguläre Wohnungen umziehen. Die Familien wohnen entweder in Aufnahmezentren oder in Mietwohnungen. Darüber hinaus begannen 200 Kinder, regelmäßig zur Schule zu gehen.³²

Die Durchführung des Projekts lief nicht ohne Probleme und Schwierigkeiten ab. So wurde beispielsweise berichtet, dass die vorbereitenden Zählungs- und Bestandsaufnahme-Aktivitäten von

der Roma-Zielgruppe teilweise als Element der Kontrolle über ihr Leben angesehen wurden.³³ Zudem gehören zu den Projektbegünstigten hauptsächlich die Personen, die in der Anfangsphase der Zählung und Bestandsaufnahme erfasst wurden; Personen, die später nach **Italien** kamen, wurden häufig nicht aufgenommen. Und schließlich wurde in den Medien auch der Vorwurf laut, dass Mittel aus diesem Programm von den lokalen Behörden verwendet worden seien, um Roma unter der Bedingung, dass sie ihr Freizügigkeitsrecht „aufgeben“ und für einen bestimmten Zeitraum nicht nach Italien zurückkehren, nach Rumänien zurückzuführen.³⁴

Dennoch kann dieses Programm für **Italien** als innovativ betrachtet werden, da es eine klare Absicht zeigt, über das Konzept der „ausgebauten Behelfslager“ als Wohnlösung für Roma hinauszukommen. Ein Mitarbeiter der USL 5 in Pisa erklärte: *„Dem Projekt liegt der Gedanke zugrunde, dass das „Roma-Behelfslager“ als städtisches und soziales Konzept abgeschafft werden soll, (...) wir wollten kein neues Behelfslager, das wieder die gleichen Probleme geschaffen hätte. Unserer Meinung nach wirken Behelfslager wie Honig auf Bienen: danach [wenn sie eingerichtet werden] explodieren die Probleme. Wir haben versucht, diese Praxis zu überwinden und Wege der Eingliederung zu suchen. Die uns vorliegenden Daten zeigen nämlich, dass diese Menschen eine Wohnung finden und ihre Kinder zu Schule schicken können.“*³⁵ Nach Meinung der NRO Africa Insieme besteht das positive Ergebnis darin, *„dass Hunderte von Menschen in das Programm aufgenommen wurden und jetzt eine Wohnung haben. Auch wenn diese Maßnahme nicht alle erreicht, ist es unserer Meinung nach wichtig, dass eine gewisse Anzahl von Personen in das Programm aufgenommen wurde und einige Behelfslager aufgelöst wurden.“*³⁶

Ein weiteres innovatives Element ist der integrierte Ansatz der verschiedenen beteiligten institutionellen Akteure (Kommunal-, Provinz- und Regionalebene), NRO und der Roma-Gemeinschaft bei der Durchführung systemischer Interventionen. In partnerschaftlicher Zusammenarbeit haben die beteiligten Organisationen in koordinierter Form Probleme in Angriff genommen, mit denen Roma beim Zugang zu Beschäftigung, Wohnraum, Schulbildung und Gesundheitsdiensten konfrontiert sind. Beachtlich ist, dass das Programm parallel zu anderen NRO-Projekten stattfindet, die soziale Mediationsdienste, Unterstützung bei der Beschäftigungssuche und Schulprogramme für Roma-Kinder anbieten.³⁷

Aus dieser Initiative lassen sich wichtige Lehren für künftige Maßnahmen ziehen, ihre Übertragbarkeit hängt jedoch davon ab, ob es gelingt, starke und wirksame Partnerschaften zwischen verschiedenen Sektoren und Verwaltungsebenen aufzubauen. Dies erfordert eine Vernetzung und einen großen Einsatz von Institutionen, die auf komplexe, systemische Art und Weise mit der multidimensionalen Natur der Probleme fertig werden, die sich den Roma beim Zugang zu Wohnraum, Beschäftigung, Bildung und Gesundheitsdiensten stellen.

Maßnahmen gegen das Betteln von Kindern in Cordoba

In **Spanien** gibt es eine Reihe positiver Initiativen auf lokaler Ebene. In Cordoba führt die Kommune ein Sozialarbeitsprojekt zur Verhinderung des Bettelns von Kindern durch: *Proyecto de Intervención Social de Calle para la atención y prevención de la Mendicidad Infantil* [Projekt für Straßensozialarbeit zur Thematisierung und Verhinderung des Bettelns von Kindern].³⁸ Das Projekt umfasst die Kontaktaufnahme mit Roma-Müttern, ihre Information und Sensibilisierung, soziale Unterstützung und einen Kinderbetreuungsdienst, bei dem Kinder im Alter bis zu drei Jahren in die Obhut von Fachkräften gegeben werden können, während ihre Mütter betteln gehen.

Angesichts des Medieninteresses an der Thematik Roma-Kinder und Betteln, das die Reaktion auf die Anwesenheit von Roma aus anderen EU-Mitgliedstaaten stark beeinflusst, ist der innovative Charakter dieser Maßnahme besonders hervorzuheben. Dieses Projekt bietet ein erfolgreiches Modell für einen Lösungsansatz ohne Zwang, der auf den Einsatz für soziale Eingliederung gegründet ist.

Ein Beamter der Kommunalverwaltung erklärte, *„wir beobachteten, dass viele Roma-Frauen beim Betteln kleine Kinder dabei hatten. Während dies in anderen Kommunen dadurch geregelt wird, dass die Kommunalverwaltung das Betteln verbietet, haben wir versucht, eine Alternative zu bieten [...] Wir bezwecken damit, dass sie [die Kinder] von hier aus in reguläre Kinderkrippen wechseln. Letztes Jahr sind sieben Kinder [in integrierte Kinderkrippen] gewechselt.“*³⁹

2004 wurden Maßnahmen der kommunalen Sozialdienste gestartet, um den Zugang zu sozialer Unterstützung in und um informelle Siedlungen zu erleichtern. Einige Familien wurden vorübergehend

in Notunterkünften untergebracht, während in einer neu gebildeten Ad-hoc-Arbeitsgruppe im lokalen Einwanderungsrat die Diskussion über weitere Maßnahmen begann. Da kein Konsens für eine umfassende Maßnahme gefunden wurde, sah sich die Kommune gezwungen, Sofortmaßnahmen für die am stärksten gefährdeten Personen innerhalb der Gruppen, Frauen und Kinder, zu ergreifen. Ziel dieser Maßnahme ist es, das Betteln von Kindern zu verhindern und die Bereitstellung geeigneter Orte für die Betreuung und Bildung der Kinder zu erleichtern.

Die Maßnahme hatte mehrere miteinander verknüpfte Ziele: Ermittlung von Frauen, die mit Kindern auf der Straße betteln, Verhindern des Bettelns von Kindern und Unterbringung der Kinder in geeigneten Einrichtungen zur Verbesserung der sozialen Eingliederung, Verbesserung der Kompetenzen der Roma-Mütter in der Versorgung von Kindern, Information und Beratung über soziale Unterstützung und Erleichterung des Zugangs zu staatlichen Diensten und Gewährleistung des Zugangs zu Gesundheitsdiensten sowie laufende Überwachung der Gesundheit der Kinder.

Die Zielgruppe sind Migrantinnen mit Kindern oder in fortgeschrittener Schwangerschaft aus osteuropäischen Ländern in sozial gefährdeter Situation ohne angemessenen Wohnraum und ohne die Möglichkeit, diese Situation zu ändern. In der Praxis richtete sich diese Maßnahme an rumänische Roma-Mütter und ihre Kinder. Die Stadt Córdoba hat im Dezember 2005 mit der Durchführung des Projekts begonnen, das seitdem läuft.

Zu den wichtigsten Aktivitäten des Projekts gehören:

- Einrichtung einer Dienststelle für Straßensozialarbeit, bestehend aus einem interkulturellen Mediator und einem Dolmetscher, die Situationen sozialer Gefährdung ermittelt und für bettelnde Roma-Migrantinnen erste Informationen und Unterstützung bereitstellt.
- Einrichtung einer Kindertagesstätte für Kinder bis zu drei Jahren als Überbrückungshilfe zur Erleichterung der Integration in öffentliche Betreuungseinrichtungen. In der Tagesstätte wird für die Grundbedürfnisse der Kinder gesorgt, außerdem wird mit den Müttern in Workshops zum Thema Versorgung von Kindern gearbeitet.
- Einrichtung eines Telefonsystems, über das die Kommune über die Beteiligung von Kindern am Betteln informiert werden kann.

Diese Aktivitäten werden durch weitere Unterstützungsmaßnahmen ergänzt, z. B. Verweis

von Roma an Sozialdienstzentren, Information und Sensibilisierung zum Thema der Risikofaktoren beim Betteln mit Kindern, Regelung der Bereitstellung von Gesundheitskarten und Unterstützung bei Arztbesuchen, Bewerbungsgesprächen und der Wohnungssuche.

Die Maßnahmen des Projekts werden mit den kommunalen Sozialdiensten und der örtlichen Polizei sowie mit den NRO koordiniert, wobei positive Maßnahmen im Mittelpunkt stehen.

Einige der wichtigsten Projektergebnisse sind bisher:

- eine erhebliche Verringerung der Zahl der Kinder, die beim Betteln auf der Straße angetroffen werden, um etwa 85 %. Die Zahl der bettelnden Frauen konnte ebenfalls verringert werden, allerdings in viel geringerem Umfang.
- Regelmäßige Anwesenheit der Kinder im *Servicio de Estancia Diurna Infantil* (kommunale Kindertagesstätte). Im Jahr 2008 besuchten 36 Kinder die Tagesstätte, und das Projekt arbeitete mit etwa 30 Müttern. Bei der Entwicklung der Kinder, die die Tagesstätte regelmäßig besuchten, war in Bezug auf Sprachkompetenz und Gesundheit eine sehr positive Entwicklung zu verzeichnen.
- Aktive Beteiligung der Frauen an sozialpädagogischen Workshops, in denen Themen wie soziale Kompetenzen, Versorgung von Kindern, sexuelle Gesundheit, Hygiene, Zugang zur Beschäftigung usw. angesprochen wurden.
- Verbesserung der gesundheitlichen Primärprävention, insbesondere im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, verstärkte Verwendung von Verhütungsmitteln durch die Frauen.
- Unterstützung für Roma-Mütter bei der Beantragung von Gesundheitskarten. Im Jahr 2008 wurden 64 Gesundheitskarten ausgestellt.

Die Reaktion der Mehrheitsbevölkerung ist den Berichten nach im Allgemeinen positiv. Bemerkenswert ist auch die Beteiligung und Mitarbeit einiger Roma-Familien, die ursprünglich davor zurückschreckten. Einige Familien, die die Ziele erfolgreich erreicht haben, wurden für eine Teilnahme am *Programa de Atención a Familias Extranjeras en Situación de Vulnerabilidad Social* (Programm für sozial gefährdete Familien) „**Pisos Puente**“ (Brückenwohnungen) ausgewählt, das die Kommune gemeinsam mit der *Fundación Secretariado Gitano* betreibt.

Zusammenarbeit mit lokalen Behörden

Wie die Forschungsarbeiten für diesen Bericht gezeigt haben, sind Roma aus anderen Mitgliedstaaten zumeist nicht bereit, mit den lokalen Behörden und besonders mit politischen Vertretern zusammenzuarbeiten.

In **Frankreich** veranstaltete im September 2008 der nationale NRO-Verband für Roma-Rechte *Romeurope* ein Treffen mit neu gewählten Vertretern der lokalen Behörden auf allen Ebenen, um sie für die Situation der Roma aus anderen EU-Mitgliedstaaten zu sensibilisieren und ihre Unterstützung für Politikmaßnahmen zur Verbesserung der Situation zu gewinnen. Zum Abschluss unterzeichneten die gewählten Vertreter die folgende Erklärung:

Wir, die gewählten Vertreter, [...] sind auf verschiedenen Ebenen mit den Herausforderungen konfrontiert, die sich aus dem Zuzug von Roma aus osteuropäischen Ländern auf unser Territorium ergeben. Angesichts der menschlichen Not der Roma sind Untätigkeit und Gleichgültigkeit für uns nicht akzeptabel [...] Bürgern der Europäischen Union wird in Frankreich durch die Verabschiedung von Übergangsregelungen das Recht auf Arbeit verwehrt, so dass die bulgarischen und rumänischen Roma sich nicht durch Arbeit integrieren können. Diese Situation widerspricht dem europäischen Gedanken und schafft Ungleichheit, trägt aber auch dazu bei, dass ihr Aufenthalt in Frankreich ordnungswidrig ist und sie deshalb ausgegrenzt werden [...] Wir fordern den Staat auf, die Übergangsregelungen auszusetzen, die Rumänen und Bulgaren den Zugang zu einer Beschäftigung verwehren und sie zu Europäern zweiter Klasse machen.⁴⁰

Ausgangspunkt dieses Modells ist die Erkenntnis, dass ein partnerschaftlicher Informations- und Erfahrungsaustausch glaubwürdiger und furchtbarer ist. *Romeurope* unterstützte diese Initiative durch die Sammlung von etwa 150 Unterschriften lokaler Vertreter für diese Erklärung. Dadurch wurde eine wichtige Plattform für positive Maßnahmen geschaffen.⁴¹

Zusätzlich zu den regelmäßigen Treffen gewählter Vertreter wurde eine Initiative zur weiteren Beschäftigung mit diesem Thema gestartet. Die *Association des Maires de Grandes Villes de France* [Verband der Bürgermeister französischer Großstädte – AMGVF] hat eine Arbeitsgruppe für Roma-Fragen eingerichtet, um Ansätze und

Maßnahmen in verschiedenen Städten zu koordinieren.⁴² Dieser Koordinierungsausschuss hat bereits dreimal getagt und einen Vorsitzenden mit Sitz in der Stadtverwaltung Montreuil eingesetzt.

Maßnahmen der Zivilgesellschaft

Den Beispielen aus der Zivilgesellschaft sollte folgende Bemerkung vorausgeschickt werden: Wie die Untersuchung gezeigt hat, wird Unterstützungs- und Eingliederungsarbeit vielfach nicht von Organisationen, sondern von einzelnen Bürgern geleistet. In diesem Sinne sind gesellschaftliche Verantwortung und Solidarität als wichtige bewährte Praktiken anzusehen: Selbst wenn Mitgliedstaaten oder NRO keine bewährten Praktiken zur Unterstützung der Eingliederung von Roma anwenden, tun das viele normale EU-Bürger sehr wohl. Wenn NRO sich für die Unterstützung von Roma-EU-Bürgern einsetzen, steht dahinter oft eine politische Solidarität, die ebenfalls als „bewährte Praxis“ anzusehen ist.

Einrichtung des NRO-Netzes für die Rechte der Roma „Romeurope“.

Eines der besten Beispiele in **Frankreich** ist die Einrichtung des NRO-Netzes *Collectif national Droits de l'Homme Romeurope* [Nationaler Menschenrechtsverband *Romeurope*].⁴³ *Romeurope* ist eine informelle Vereinigung von Menschenrechts-, Traveller- und Roma-Organisationen, die im Oktober 2000 in Paris eingerichtet wurde, um den Zugang zu Grundrechten für Roma-Migranten in Frankreich zu verbessern und Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen an Mitgliedern dieser Gruppe in Frankreich zu bekämpfen. *Romeurope* arbeitet als Netz nationaler und lokaler Unterstützungskomitees und hat drei Hauptaufgaben:

- Erstens fungiert der Verband als Beobachtungsstelle für Menschenrechtsverletzungen.
- Zweitens ist er im Informationsbereich aktiv, indem er den Erfahrungs- und Wissensaustausch unterstützt, Informationen unter den Mitgliedern verbreitet und Material für

Ehrenamtliche, Fachkräfte und alle Beteiligten erstellt.

- Drittens fungiert er als Anwalt der Roma, indem er gegen die Beschäftigungsbeschränkungen für rumänische/bulgarische Arbeitnehmer vorgeht und sich für die Gleichbehandlung aller EU-Bürger einsetzt.

Romeurope unterstützt zwar hauptsächlich die Arbeit der eigenen Mitglieder, organisiert aber auch verschiedene Aktivitäten, z. B. die Überprüfung von Ausweisungen und Rückführungen durch Sammlung einschlägiger Aussagen über das eigene Netz, Lobbyarbeit im Einwanderungsministerium mithilfe der gesammelten Aussagen und Verschicken von Briefen und Aufbau eines Netzes von Anwälten zur Anfechtung von Ausweisungen und Rückführungen von Roma-EU-Bürgern in Zusammenarbeit mit der Organisation Gisti.

Romeurope hat festgestellt, dass in der Praxis das Recht zum Aufenthalt in Frankreich vom Recht zu arbeiten abhängt. Da dieses Recht jedoch noch eingeschränkt ist, haben sich die Bedingungen für bulgarische und rumänische Roma in **Frankreich** durch ihren neuen Status als EU-Bürger nicht sehr verändert. Tatsächlich ist das Leben für manche von ihnen komplizierter geworden. Ein Mitarbeiter von Romeurope erklärte, „Vor 2007 galten die rumänischen und bulgarischen Roma als „Ausländer“. Wenn sie in Frankreich bleiben wollten, beantragten sie eine Aufenthaltsgenehmigung. Dafür gab es ein Verfahren, das sie befolgten. In der Praxis hieß dies, dass die Roma wussten, was sie – wie in anderen Ländern auch – zu tun hatten, wenn sie in Frankreich bleiben wollten. Aufgrund des EU-Beitritts [Bulgariens und Rumäniens] und der Freizügigkeitsrichtlinie ist diese Aufenthaltsgenehmigung seit 2007 nicht mehr erforderlich. Die Präfekturen legen dies jetzt oft so aus, dass sie [die Roma] keine Aufenthaltsgenehmigung beantragen können. In dieser Situation haben Roma, die EU-Bürger sind, keine Einspruchsmöglichkeit. Derzeit besteht ihre einzige Zugangsmöglichkeit zur französischen Gesellschaft in einer Beschäftigung, die aufgrund der immer noch bestehenden Beschäftigungsbeschränkungen für Rumänen und Bulgaren nicht leicht zu finden ist.“⁴⁴ Romeurope beobachtet seit längerem die Menschenrechtssituation der Roma aus anderen Mitgliedstaaten und hat einen umfassenden Bericht vorgelegt.⁴⁵

In den Untersuchungen wurden in anderen Mitgliedstaaten keine NRO-Maßnahmen dieser Art ermittelt, die mit diesem Projekt vergleichbar sind,

aus dem wir ganz offensichtlich wichtige Lehren ziehen können. „Roma aus den Pariser Vorstädten wollten zwei Monate vor einer Entscheidung zur Beibehaltung der Beschäftigungsbeschränkungen [für Bulgaren und Rumänen] demonstrieren. Romeurope half den Roma durch die Organisation eines Busses, der Beförderung sowie aller logistischen Einzelheiten einschließlich der Genehmigung für die Demonstration und machte die Veranstaltung über das Verbandsnetz in Städten im ganzen Land bekannt. Obwohl die Roma normalerweise nicht gern im Blick der Öffentlichkeit stehen, kamen sie zu dieser Veranstaltung. Dieses Mal waren sie sichtbar und forderten das Recht auf Arbeit, die Chance, in den regulären Arbeitsmarkt einzutreten. Sie demonstrierten vor der Nationalversammlung, dem Arbeitsministerium und der Delegation der Europäischen Kommission, insgesamt waren 300 Roma und 150 Vertreter von NRO vor Ort. Sie organisierten Treffen mit der Delegation der Europäischen Kommission. Die Delegation ersuchte um einen Bericht über die genaue Art der Hindernisse, und eine Gruppe konnte ihn der EU-Kommission vorlegen“.⁴⁶

Förderung der Integration von Roma aus osteuropäischen Ländern

Die Fundación Secretariado Gitano (FSG) in **Spanien** hat als Reaktion auf den Zuzug von Roma aus EU-Staaten ein umfassendes Maßnahmenpaket entwickelt, das ein nützliches Modell bewährter Praktiken für NRO bietet.⁴⁷ Das Programm zur Förderung der Integration der aus osteuropäischen Ländern zuwandernden Roma-Gruppen (*Programa de fomento de la integración del colectivo gitano inmigrante procedente de países del Este de Europa*⁴⁸) ist das vielleicht beste vorliegende Beispiel einer nationalen NRO-Maßnahme. Eines der interessantesten Elemente des Programms ist die Kombination aus EU-Fördermitteln, Finanzierung durch regionale und lokale Behörden und privater Unterstützung durch Sparkassen.⁴⁹ Da eine nationale Koordinierung fehlt, ist das Programm in der Öffentlichkeit nicht sehr präsent und hat eine geringe Sichtbarkeit, da die Arbeit auf lokaler Ebene geleistet wird.

2006 startete die FSG ein Pilotprogramm für Roma, die aus Osteuropa nach **Spanien** kommen. Für die Organisation, die sich bislang nur mit der Situation der spanischen Roma befasst hatte, war dies eine neue Herausforderung. Die aktuellen Zielsetzungen der Einrichtung sind in einer speziellen Interventionslinie (Interventionslinie 4: Arbeit mit

Roma aus Osteuropa) im strategischen Plan 2009-2013 der FSG festgeschrieben.⁵⁰ Hauptziel ist die Förderung der vollständigen sozialen Eingliederung von Roma-Einwanderern in Spanien. Zu diesem Zweck baute die FSG eine Beziehung zu den neu zugezogenen Roma auf und bewertete ihre Situation. Daraufhin erstellte sie Konzepte zur Erfüllung ihrer wichtigsten Bedürfnisse und zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Sie unterstützte sie bei der Inanspruchnahme öffentlicher und privater Dienste in den Städten, in denen sie leben. Das Programm ist in fünf spanischen Städten angelaufen. Derzeit werden in Alicante, Valencia, Barcelona, Avilés, Oviedo, Madrid, Córdoba, Málaga und Burgos Maßnahmen durchgeführt. Die FSG erwägt, das Programm in Zukunft auszuweiten.

Im Mittelpunkt stehen Maßnahmen in vier Schlüsselbereichen: Erstunterstützung, Bildung, Wohnen und Beschäftigung. Die Unterstützung von Roma bei der Inanspruchnahme von Diensten ist eine Querschnittsmaßnahme, die hilft, ihr Selbstbewusstsein zu stärken. Die Vorgehensweise ist intensiv und gleichzeitig sehr flexibel. Derzeit dient die Unterstützung vor allem dazu, die Kluft zwischen Roma und staatlichen Einrichtungen, Sozialdiensten und der Mehrheitsgesellschaft im Allgemeinen zu überwinden. Spezialisierte Mitarbeiter der FSG, die mit Roma aus dem Ausland arbeiten (ein/e Projektbeauftragte/r in Vollzeit pro Stadt, außer in Barcelona, wo es vier Vollzeitkräfte gibt) ermitteln Bedürfnisse und Voraussetzungen und erleichtern den Zugang zur Anmeldung und zu grundlegenden Dienstleistungen. In Absprache mit anderen FSG-Programmen (sowie anderen Diensten und Einrichtungen) ist die FSG in folgenden Bereichen aktiv: Information, Beratung und Begleitung zur Legalisierung der behördlichen Situation und dem Zurechtfinden in verschiedenen Verfahren, Unterstützung bei der Wahrnehmung der Grundrechte, vor allem in Bezug auf die Ausstellung von Gesundheitskarten, den Schulbesuch der Kinder und den Zugang zu Leistungen, Förderung der Eigenständigkeit u. a. durch Alphabetisierungs- und Sprachkurse und Sensibilisierung, insbesondere von Beschäftigten in Sozialdiensten, Bildungs- und Gesundheitswesen.

Bildung für Roma-Kinder ist ein vorrangiges Ziel. Zu den Maßnahmen in diesen Bereich gehören Sensibilisierungsmaßnahmen bei Roma-Eltern und Schulzentren, Unterstützung bei der Schulanmeldung und der Beantragung von Schulbeihilfen (z. B. kostenlosen Mahlzeiten), Überwachung des Schulbesuchs und Zusammenarbeit mit spezialisierten Diensten im Bildungsbereich (z. B. psychologischen

Beratungsstellen) sowie aktive Beteiligung an Koordinierungsmechanismen wie z. B. Anhörungen wegen Schuleschwänzens. Die Ergebnisse sind bisher gut, und Hunderte Roma-Kinder aus anderen Mitgliedstaaten wurden erfolgreich eingeschult und nehmen regelmäßig am Unterricht teil. Zudem wurde bei Schulzentren und Lehrkräften eine positivere Einstellung bewirkt.

Zugang zu menschenwürdigem und angemessenem Wohnraum für Roma aus anderen Mitgliedstaaten ist ein weiteres vorrangiges Ziel, auch wenn in vielen Fällen Hindernisse bestehen, die das Programm nicht überwinden kann (z. B. kein ausreichendes Einkommen, keine bezahlbaren Angebote usw.). Die Mitarbeiter des Programms helfen bei der Suche nach Wohnraum, beurteilen bei gelegentlichen Besuchen den Zustand der Wohnungen, bieten Beratung über Mietverträge, unterstützen bei der Beantragung von Wohnbeihilfen und beraten im Fall von Räumungen. In einem speziellen lokalen Kontext, wie z. B. in Córdoba, engagiert sich die FSG in Partnerschaft mit der Kommune im Programm „Brückenwohnungen“, das vorübergehende Unterkunft in Mietwohnungen, eine monatliche Beihilfe zur Sicherung des Existenzminimums und soziale Unterstützung für Roma-Familien bietet, die sich verpflichten, an Maßnahmen zur sozialen Eingliederung und beruflichen Integration teilzunehmen.

In **Spanien** finden **Beschäftigungsmaßnahmen** zur Integration in den Arbeitsmarkt im Rahmen des spanischen operationellen Programms für den Europäischen Sozialfonds für 2007-2013 *Programa Plurirregional de Lucha Contra la Discriminación* [überregionales Programm zur Bekämpfung von Diskriminierung] statt, das vom Ministerium für Arbeit und Einwanderung verwaltet wird. Verschiedene zwischengeschaltete (sowohl öffentliche als auch private) Stellen führen einzelne Teile des Programms durch. Die FSG ist eine dieser Stellen und für das spezielle Teilprogramm für die Roma-Bevölkerung zuständig: das *Programa Acceder; FSE 2007-2013 – Acciones dirigidas a la población gitana* [Programm Acceder : ESF 2007-2013 – Maßnahmen für die Roma-Bevölkerung], das im letzten Förderzyklus der Strukturfonds (2000-2007) begann. Es enthält im Kapitel Kontext und Lage einen Abschnitt zum Thema Roma-Migranten und eine Aktionslinie innerhalb des Kapitels zu den geplanten Maßnahmen, der Achse 3 – Maßnahme 2.4 „Maßnahmen zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Integration von Roma-Einwanderern“.⁵¹ Die Maßnahmen im Beschäftigungsbereich bestehen hauptsächlich aus Beratung, Schulung in sozialen und

Präsentationskompetenzen, beruflicher Bildung, Mediation bei potenziellen Arbeitgebern und Unterstützung bei der Stellensuche. Insgesamt hatten bis Dezember 2008 etwa 1 500 Roma-Migranten an verschiedenen Maßnahmen des Programms teilgenommen. Davon waren 94 % rumänische und der Rest bulgarische und bosnische Roma.

Aus dem Programm lassen sich einige wichtige Lehren ziehen, z. B. in Bezug auf die Bedarfsbewertung, die die Entwicklung einer mehrdimensionalen Perspektive erleichtert, und die Bedeutung einer guten Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Akteuren.

Direkte Maßnahmen müssen, wenn sie tatsächlich wirken sollen, mit institutionellen Maßnahmen und Lobbyarbeit zur Sensibilisierung und Weckung eines öffentlichen Verantwortungsgefühls in Bezug auf die soziale Integration von Bürgern mit Roma-Hintergrund aus anderen EU-Mitgliedstaaten Hand in Hand gehen. Dieses öffentliche Engagement müssen alle Verwaltungsebenen – die nationale, regionale und lokale Ebene – zeigen, jede nach ihren Befugnissen und Kompetenzen.

Den Mitarbeitern der FSG ist es gelungen, sehr enge soziale Bindungen auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens aufzubauen. Durch die *Straßensozialarbeit*, aber auch durch eigene Reisen nach Rumänien zu den Herkunftsorten der unterstützten Roma-Gruppen konnten die Mitarbeiter wichtige Einblicke in die tatsächlichen Bedürfnisse der Roma gewinnen, von denen die vorgeschlagenen Maßnahmen begrüßt werden. Diese Arbeitsmethoden bieten viele Anregungen für ähnliche Maßnahmen.

Das Programm zeigt auch, wie die Strukturfonds der Europäischen Union, z. B. der Europäische Sozialfonds (ESF) wirksam zugunsten von Roma-Bürgern aus anderen EU-Mitgliedstaaten eingesetzt werden können. Außerdem ist es gelungen, weitere Mittel von verschiedenen staatlichen Institutionen auf allen Ebenen zu mobilisieren und mit ihnen Vereinbarungen zu schließen. Selbst wenn diese Einrichtungen nur als Geldgeber fungieren, werden sie für die Problematik der Roma-EU-Bürger sensibilisiert, so dass eine allmähliche Änderung der Einstellung gegenüber der Niederlassung von Roma-EU-Bürgern in Spanien gefördert wird. Ein erwähnenswertes Beispiel dafür ist z. B. die Tatsache, dass der Präsident Kataloniens im Mai 2009 in einem Brief an den FSG-Regionaldirektor

der FSG für das Programm seine Anerkennung ausgesprochen und sie beglückwünscht hat.

„Recht auf Schule, Recht auf Zukunft“

In Italien führt die NRO *Comunità di Sant' Egidio* seit 2008 in Rom das Projekt *Diritto alla scuola, diritto al futuro* [Recht auf Schule, Recht auf Zukunft] durch, mit dem die Bildung und Eingliederung von Roma- und Sinti-Kindern und Familien in Siedlungen und Behelfslagern in sechs Bezirken der Stadt gefördert werden soll.⁵² Durch das staatlich geförderte Projekt wurden bisher etwa 1 250 Personen unterstützt. Auch wenn sich das Projekt nicht ausschließlich an Roma-Kinder wendet, kommt es vielen von ihnen zugute.

Das Projekt soll vor allem verhindern, dass Roma- und Sinti-Kinder auf der Straße betteln und dass sie die Schule abbrechen, und es soll die volle Teilhabe der Roma- und Sinti-Schülern am Schulleben fördern. Intoleranz soll verhindert und ein friedliches Miteinander unterstützt werden.

Zu den Aktivitäten gehören die Begleitung und Unterstützung von Roma- und Sinti-Kindern, Stipendien, Maßnahmen unter Mitarbeit von Eltern und Familien aus der Roma-Gemeinschaft und Sensibilisierung zur Bekämpfung romafeindlicher Ressentiments. Roma-Mediatoren erleichtern den Umgang von Schulen und Institutionen mit den Roma-Eltern.

Bei einer Beurteilung des Projekts stellten Vertreter der *Comunità di Sant' Egidio* Schwierigkeiten fest, die zum Teil damit zusammenhängen, dass es sich bei dem Projekt um eine Art „Experiment“ handelt. Es muss viel Zeit und Energie aufgewendet werden, um sicherzustellen, dass Schulen und Lehrkräfte die Bedürfnisse der Roma und Sinti verstehen und dafür sensibilisiert werden und dass die Roma-Familien umfassend und direkt einbezogen werden. Die *Comunità di Sant' Egidio* äußerte Sorge hinsichtlich der Nachhaltigkeit des Projekts, da die staatliche Finanzierung nicht ausreicht und zeitlich begrenzt sei. Das Projekt mit einem Budget von 200 000 EUR und einer Laufzeit von 18 Monaten wird zu 90 % staatlich finanziert, den Rest bringt die NRO auf. Es ist unklar, was nach Ablauf der 18 Monate geschehen wird. Schwierig ist es nach Aussage der *Comunità di Sant' Egidio* auch, die volle Unterstützung der Schulen zu gewinnen, was entscheidend für umfassende Erfolge des Projekts ist. Dennoch hält die *Comunità di Sant' Egidio* das Projekt für leicht übertragbar und äußerst wichtig, da

es „mit direkten Methoden versucht, den Schulerfolg von Kindern zu verbessern und leicht ohne „ethnische Barrieren“ auf Schüler aller Kulturen angewandt werden kann.“⁵³

Neighbourhood Management Group – Erfolgreiches Kooperationsprojekt mit der Roma-Gemeinschaft in Glasgow

In Schottland im **Vereinigten Königreich** wendet sich das Projekt *Govanhill Neighbourhood Management Group* von Oxfam Glasgow speziell an romastämmige EU-Bürger. Das Projekt wurde vom Glasgower Stadtrat mit einem Flourish Award für seine Arbeit mit der Roma-Gemeinschaft ausgezeichnet. Oxfam: „Als vor fünf Jahren der Zuzug von einigen Tausend Roma begann, gab es zwangsläufig Probleme. Die Roma suchten im Vereinigten Königreich bessere Lebensbedingungen, nachdem sie in Osteuropa Verfolgung und Armut erlebt hatten. Sie hatten wenig Geld, konnten wenig Englisch und wussten nicht, wie sie die notwendige Hilfe bekommen konnten, wurden von Arbeitgebern ausgebeutet, und Teile der örtlichen Bevölkerung begegneten ihnen feindselig. 2006 beschlossen Oxfam und die lokale Gesundheitsbehörde, zwei Personen aus der Roma-Gemeinschaft in Glasgow einzustellen, die andere beraten und beim Zugang zu Diensten unterstützen sollten. Wir wollten nicht nur den Roma selbst helfen, sondern auch negativen Einstellungen von Nachbarn und der lokalen Bevölkerung begegnen und sicherstellen, dass die lokalen öffentlichen Dienste dem Bedarf der Gemeinschaft gerecht wurden. Mit der Zeit wuchs die Zahl der Beteiligten. Nach einigen Diskussionen wurden dann schließlich die *Govanhill Neighbourhood Management Group* eingerichtet, in der der öffentliche Sektor, lokale Wohlfahrtsorganisationen, Oxfam und Mitglieder der Gemeinschaft selbst vertreten sind.“⁵⁴

Das Projekt brachte verschiedene Interessengruppen an einen Tisch, um das lokale Umfeld zu verbessern und eine neue Gemeinschaft zu unterstützen. Dieses gemeinsame Engagement für die Zielgruppe hat dazu beigetragen, dass Roma-Familien zuverlässig Zugang zur Gesundheitsversorgung erhielten, und es hat den Schulen geholfen, die Roma-Kinder zu unterstützen. Die Gruppe hat außerdem auf schlechte Arbeitgeber hingewiesen und geholfen, Verständnis zwischen verschiedenen Menschen herzustellen. Dieser soziale Einsatz hat für die Roma und die gesamte Bevölkerung von Govanhill eine spürbare

Veränderung bewirkt. Ein OXFAM-Sprecher erklärte: „...Es ist großartig, dass es Beispiele für so eine engagierte Zusammenarbeit lokaler Behörden mit Partnern und den Gemeinschaften selbst gibt. Es liegt noch eine weite Strecke vor uns, aber Govanhill ist auf dem richtigen Weg.“⁵⁵

Der künftige Weg

Bei den hier betrachteten positiven Initiativen handelt es sich nur um eine kleine Auswahl der Projekte in der gesamten Europäischen Union zur Erleichterung der Integration der Roma, die sich auch oder speziell an Roma aus anderen EU-Mitgliedstaaten richten.

Lokale Initiativen können ebenso erfolgreich sein wie groß angelegte Projekte, gerade weil sie klein sind und wertvolle integrierte Strategien auf Mikroebene entwickeln, die bei real existierenden Menschen ansetzen und nicht bei eher abstrakten Vorstellungen von „den Roma“. Auf dieser Mikroebene lernen Bürger und lokale Behörden einzelne Roma als Menschen kennen und treten mit ihnen in Kontakt, wodurch auch mehr Empathie und Solidarität erreicht wird.

Positive Initiativen haben gute Erfolgschancen, wenn drei Grundvoraussetzungen erfüllt sind:

- **Erstens: Alle Akteure**, vor allem lokale und nationale Behörden und Organisationen der Zivilbevölkerung **arbeiten eng zusammen, und die Zielgruppe**, in diesem Fall die Roma, ist sowohl an der Planung als auch an der Durchführung der Projekte **beteiligt**. Dies funktioniert besonders gut in einem Umfeld, das bei den Erwartungen und Erfahrungen der Bürger in der „Aufnahmegesellschaft“ ansetzt.
- **Zweitens: Es wird ein ganzheitliches Konzept mit untereinander verknüpften Maßnahmen in verschiedenen Bereichen des sozialen Lebens** angewandt, darunter die entscheidenden Bereiche Beschäftigung, Bildung, Wohnen, Gesundheit usw. Maßnahmen, die nur auf einen Bereich ausgerichtet sind, haben selten einen vergleichbaren Erfolg.
- **Drittens: Es werden konstruktive Partnerschaften zwischen vertikalen und horizontalen Verwaltungsebenen geschlossen**. Je aktiver die Partnerschaften zwischen verschiedenen Ebenen sind, je besser die verschiedenen Sektoren und Ebenen – freiwillige und soziale Akteure ebenso wie die

EU, nationale, regionale und kommunale Behörden – zusammenarbeiten, desto eher wirkt ein Programm positiv, ganzheitlich und integrativ zum Nutzen der Roma.

Die ermittelten positiven Initiativen entstanden meistens ad hoc und waren nur in seltenen Fällen Teil einer umfassenden nationalen oder regionalen Strategie.

Angesichts der notwendigen Integration der Roma aus anderen EU-Mitgliedstaaten in die Aufnahmegesellschaften ist eine EU-Rahmenstrategie zur Eingliederung der Roma unabdingbar. In einer solchen Strategie sollten gemeinsame Mindeststandards für die Verbesserung der Situation sowohl einheimischer als auch „migrierender“ Roma-Gruppen in allen

Mitgliedstaaten festgelegt und die EU-Strukturfonds und der Europäische Sozialfonds als zentrale Finanzierungsmechanismen eingesetzt werden.

Die EU und die Mitgliedstaaten könnten dem Beispiel des spanischen Modells folgen und Mittel aus den Strukturfonds für Programme zur Integration von Roma nutzen, die sich auch an Roma aus anderen Mitgliedstaaten richten. Eine zentrale Rolle spielt in diesem Zusammenhang ohne Frage die Arbeit des EURoma-Netzes aus Vertretern von zwölf Mitgliedstaaten, die entschlossen sind, mithilfe der Strukturfonds politische Maßnahmen zugunsten der Roma-Bevölkerung effektiver zu gestalten und ihre soziale Eingliederung zu fördern.⁵⁶

Allgemeine Kriterien für die Auswahl der positiven Initiativen waren u. a.:

- Die Projekte verbessern die Situation im Hinblick auf Diskriminierung und Chancengleichheit.
- Sie zeigen die positiven Auswirkungen von Rechtsvorschriften und Politik auf die soziale Eingliederung von Roma aus anderen EU-Mitgliedstaaten.
- Sie sind nachhaltig.
- Sie sind – auch auf andere Mitgliedstaaten – übertragbar.
- Roma bzw. Roma-Organisationen sind an der Planung und Durchführung der Projekte beteiligt.
- Die Roma-Begünstigten geben positive Rückmeldung.
- Die Projekte behandeln die Anliegen der Roma aus anderen Mitgliedstaaten als Querschnittsaufgabe.
- Sie greifen im Rahmen von Roma-Strategien und allgemeinen Strategien zur sozialen Eingliederung spezielle Probleme von Frauen, Kindern, älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen auf.
- Sie sind gekennzeichnet durch eine enge Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Regierungsebenen und der Zivilgesellschaft.

Endnoten

- ¹ Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 und zur Aufhebung der Richtlinien 64/221/EWG, 68/360/EWG, 72/194/EWG, 73/148/EWG, 75/34/EWG, 75/35/EWG, 90/364/EWG, 90/365/EWG und 93/96/EWG.
- ² Europäische Kommission (2009) Mitteilung: Hilfestellung bei der Umsetzung und Anwendung der Richtlinie 2004/38/EG über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, KOM(2009) 313/4, S. 8-9.
- ³ Europäische Kommission, „Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit: Wie aus diesen Grundrechten eine praktische Realität wird“, http://ec.europa.eu/justice_home/doc_centre/citizenship/movement/doc_citizenship_movement_de.htm (04.10.2009).
- ⁴ Siehe EURES unter <http://ec.europa.eu/eures/home.jsp?lang=de> (2.11.2009).
- ⁵ Siehe „Was ist Europa für Sie – Dialog mit den Bürgern“, <http://ec.europa.eu/youreurope/nav/de/citizens/index.html> (20.10.2009).
- ⁶ Artikel 37 „Günstigere innerstaatliche Rechtsvorschriften“ lautet: „Diese Richtlinie lässt Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten, die für die in den Anwendungsbereich dieser Richtlinie fallenden Personen günstiger sind, unberührt.“
- ⁷ Millieu Ltd and Europa Institute (2008) Conformity Study for Spain: [Konformitätsstudie für Spanien: Richtlinie 2004/38/EG], abrufbar unter http://ec.europa.eu/justice_home/doc_centre/citizenship/movement/doc_citizenship_movement_de.htm (29.9.2009)
- ⁸ Spanien/Real Decreto 240/2007 (16.2.2007).
- ⁹ Millieu Ltd & Europa Institute (2008) Conformity Study Directive 2004/38/EC for Spain [Konformitätsstudie zur Richtlinie 2004/38/EG für Spanien]. S. 5.
- ¹⁰ Department for Children, Schools and Families [Ministerium für Kinder, Schule und Familie] (2009) School Admissions Code [Schulaufnahmegesetz], London; DSCF.S.22, <http://www.dcsf.gov.uk/sacode/downloads/SchoolAdmissionsCodeWEB060309.pdf> (8.9.2009).
- ¹¹ Interview mit einer tschechischen Roma-Familie in Manchester im Vereinigten Königreich am 7.4.2009.
- ¹² Ministerium für Kinder, Schule und Familie (2008) The Inclusion of Gypsy, Roma and Traveller Children and Young People (Die Eingliederung von Kindern und Jugendlichen aus den Gruppen der Sinti und Roma und Traveller) Nottingham. DFES Publications, S. 5-6, <http://publications.teachernet.gov.uk/eOrderingDownload/Inclusion%20of%20Gypsy%20Roma.pdf> (9.9.2009).
- ¹³ Ministerium für Kinder, Schule und Familie (2008) The Inclusion of Gypsy, Roma and Traveller Children and Young People (Die Eingliederung von Kindern und Jugendlichen aus den Gruppen der Sinti und Roma und Traveller) Nottingham. DFES Publications, S.10, abrufbar unter <http://publications.teachernet.gov.uk/eOrderingDownload/Inclusion%20of%20Gypsy%20Roma.pdf>.
- ¹⁴ Ministerium für Kinder, Schule und Familie (2008) Raising the achievements of Gypsy, Roma and Traveller pupils, (Steigerung der Leistungen von Kindern und Jugendlichen aus den Gruppen der Sinti und Roma und Traveller) Nottingham. DSCF, <http://publications.teachernet.gov.uk/default.aspx?PageFunction=productdetails&PageMode=publications&ProductId=DCSF-00102-2008&>.
- ¹⁵ Jede Behörde der „Children's Services“ muss Vorkehrungen treffen, um die Zusammenarbeit zwischen folgenden Akteuren zu fördern: (a) der Behörde, (b) allen einschlägigen Partnern der Behörde und (c) anderen Personen oder Gremien, die die Behörde für angemessen hält – dabei handelt es sich um Personen oder Gremien jeglicher Art, die im Zuständigkeitsbereich der Behörde Funktionen im Zusammenhang mit Kindern innehaben oder an einschlägigen Aktivitäten beteiligt sind. http://www.opsi.gov.uk/acts/acts2004/ukpga_20040031_en_3 (23.10.2009).
- ¹⁶ Hauptaufgabe des Traveller Education Service ist die Förderung eines ungehinderten Zugangs zur und einer vollständigen Eingliederung in die Regelschule. Durch den Race Relations [Amendment] Act von 2000 werden die Schulen gesetzlich verpflichtet, im Rahmen ihrer Tätigkeit rechtswidrige Diskriminierung aufgrund der Rasse zu beseitigen und Chancengleichheit und gute Beziehungen zwischen den Rassen zu fördern. Dazu gehören die Sinti und Roma sowie die irischen Traveller als anerkannte ethnische Gruppe. Jede Schule kann unter ihren Schülern Sinti, Roma oder Traveller haben. Die Leistungsförderung von Sinti-, Roma und Traveller-Kindern ist Aufgabe aller Beschäftigten im Bildungswesen und ein wichtiges Maß für die Wirksamkeit der politischen Strategien zur Bekämpfung der Ausgrenzung in Bildung und Gesellschaft. Sinti/Roma und Traveller irischer Herkunft gelten als rassische Minderheiten, die durch den Race Relations Act geschützt werden.
- ¹⁷ Dienste für Grundversorgung werden von den Primary Care Trusts (PCT Dienste für Grundversorgung) verwaltet. Es gibt in England etwa 152 Primary Care Trusts, von denen jeder einen eigenen lokalen Zuständigkeitsbereich abdeckt, <http://www.nhs.uk/chq/Pages/1078.aspx?CategoryId=68&SubCategoryId=153> (22.10.2009).

- ¹⁸ In der 2003 eingeführten Schulerhebung Pupil Level Annual School Census werden Daten über die ethnische Zugehörigkeit gesammelt. Zu den erfassten Gruppen gehören auch Sinti und Roma und Traveller bzw. irische Traveller. Die Schulen sind verpflichtet, die Wirkung ihrer Strategien auf die Eingliederung dieser Gruppen zu bewerten. Da Sinti und Roma und irische Traveller in ein und derselben Kategorie erfasst werden, dürfte eine Unterscheidung zur Ermittlung spezieller Bedürfnisse der Kinder von Roma-Migranten und ihrer Familien nicht möglich sein. Seit dem 1. Januar 2007 wird nach demselben Verfahren auch die Erstsprache der Schüler berücksichtigt. Die jährliche Schulerhebung ermöglicht bereits jetzt Querverweise zwischen der ethnischen Herkunft und anderen Schülerdaten, z. B. den Leistungen. Es werden Daten zu den schulischen Leistungen werden für die „Key Stages“ (Hauptabschnitte) 1, 2 und 3 erhoben und mit der ethnischen Herkunft der Schüler verknüpft. Entsprechend können auch Daten zur Erstsprache mit Leistungs- und anderen Daten abgeglichen werden.
- ¹⁹ Generalitat de Catalunya (2009) Pla Integral Del Poble Gitano a Catalunya 2009-2013, Departament de Governació i Administracions Públiques, Secretaria d'Acció Ciutadana.
- ²⁰ OSZE (2008) Sustainable Policies for Roma and Sinti Integration, Supplementary Human Dimension Meeting Final Report 10 - 11 July 2008 [Nachhaltige Strategien zur Integration von Sinti und Roma, Bericht über die ergänzende Sitzung zur menschlichen Dimension], Wien, S. 10 und 26 http://www.osce.org/documents/odhr/2008/10/33484_en.pdf (20.10.2009).
- ²¹ Pla integral del poble gitano a Catalunya 2005-2008 S. 271, 274 und 275, abrufbar unter: http://www.gencat.cat/governacio-ap/ACCIO_CIUADANA/DOCS-FORMULARIS/Pla_poble_gitano.pdf (23.10.2009).
- ²² Generalitat de Catalunya (2009) Pla Integral Del Poble Gitano a Catalunya 2009-2013, Departament de Governació i Administracions Públiques, Secretaria d'Acció Ciutadana. pp. 292, 294, 302 and 304.
- ²³ Siehe „Intégration en bonne voie pour les Roumains“, in La République de Seine-et-Marne (15.6.2009).
- ²⁴ M. Legrand (2008) 'La ville et quatre familles roms s'engagent à coopérer', Le Parisien (17.11.2008).
- ²⁵ Siehe www.romeurope.org (22.10.2009).
- ²⁶ Siehe „Intégration en bonne voie pour les Roumains“, in La République de Seine-et-Marne (15.06.2009).
- ²⁷ Siehe „Intégration en bonne voie pour les Roumains“, in La République de Seine-et-Marne (15.06.2009).
- ²⁸ Zitiert in einem Interview mit Romeurope, Paris, Frankreich, 4.6.2009. Siehe auch: (2009) „La ville et quatre familles roms s'engagent à coopérer“, Le Parisien (17.11.2008) und „Invitation à la presse Conférence de presse sur l'intégration de familles roumaines à Cesson, Hôtel de Ville, 10. Juni 2009“, in den Unterlagen der Untersuchung.
- ²⁹ Interview mit einem Beamten der Provinz Pisa in Italien am 20.3.2009.
- ³⁰ A. Sconosciuto, A. Minghi (ed), Le città Sottili – Programma della Città di Pisa con la comunità rom del territorio- Sintesi del Programma 2002-2007 [Die fragilen Städte – Programm der Stadt Pisa mit ortsansässigen Roma-Gemeinschaft-Zusammenfassung des Programms 2002-2007], Società della Salute Zona Pisana - Comune di Pisa - Azienda USL 5 di Pisa, Juni 2007 http://www.anci.it/Contenuti/Allegati/presentazione_citta_sottili_2007.doc (22.10.2009).
- ³¹ A. Sconosciuto, A. Minghi (ed), Le città Sottili – Programma della Città di Pisa con la comunità rom del territorio- Sintesi del Programma 2002-2007 [Die fragilen Städte – Programm der Stadt Pisa mit der ortsansässigen Roma-Gemeinschaft - Zusammenfassung des Programms 2002-2007], Società della Salute Zona Pisana - Comune di Pisa - Azienda USL 5 di Pisa, Juni 2007 http://www.anci.it/Contenuti/Allegati/presentazione_citta_sottili_2007.doc (22.10.2009).
- ³² A. Sconosciuto, A. Minghi (ed), Le città Sottili – Programma della Città di Pisa con la comunità rom del territorio- Sintesi del Programma 2002-2007 [Die fragilen Städte – Programm der Stadt Pisa mit der ortsansässigen Roma-Gemeinschaft - Zusammenfassung des Programms 2002-2007], Società della Salute Zona Pisana - Comune di Pisa - Azienda USL 5 di Pisa, Juni 2007.
- ³³ Außerdem bringen der rechtliche Status vieler Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien und die fehlenden Möglichkeiten für eine Legalisierung aufgrund der aktuellen Einwanderungsgesetze „große Schwierigkeiten mit sich und schränken alle Projekte ein, die auf Autonomie und Eingliederung abzielen“. A. Sconosciuto, A. Minghi (ed), Le città Sottili – Programma della Città di Pisa con la comunità rom del territorio- Sintesi del Programma 2002-2007 [Die fragilen Städte – Programm der Stadt Pisa mit der ortsansässigen Roma-Gemeinschaft - Zusammenfassung des Programms 2002-2007], Società della Salute Zona Pisana - Comune di Pisa - Azienda USL 5 di Pisa, Juni 2007.
- ³⁴ „Italy: Mayor 'pays' Roma-Gypsies to leave the city [Italien: Bürgermeister bezahlt Roma, damit sie die Stadt verlassen]“ ADN Kronos International, 21.05.09 <http://www.adnkronos.com/AKI/English/Security/?id=3.0.3342187830>.
- ³⁵ Interview mit einem Beamten der lokalen Behörde in Pisa, Italien am 20.3.2009.
- ³⁶ A. Sconosciuto, A. Minghi (ed), Le città Sottili – Programma della Città di Pisa con la comunità rom del territorio- Sintesi del Programma 2002-2007 [Fragile Städte – Programm der Stadt Pisa mit ortsansässigen Roma-Gemeinschaft-Zusammenfassung des Programms 2002-2007], Società della Salute Zona Pisana - Comune di Pisa - Azienda USL 5 di Pisa, Juni 2007.
- ³⁷ Die Projekte werden beschrieben in: A. Sconosciuto, A. Minghi (ed), Le città Sottili – Programma della Città di Pisa con la comunità rom del territorio- Sintesi del Programma 2002-2007 [Die fragilen Städte – Programm der Stadt Pisa mit ortsansässigen Roma-Gemeinschaft-Zusammenfassung des Programms 2002-2007], Società della Salute Zona Pisana - Comune di Pisa - Azienda USL 5 di Pisa, Juni 2007.
- ³⁸ In Cordoba läuft parallel auch ein von der Kommune gefördertes und gemeinsam mit einer NRO durchgeführtes Projekt zur Bereitstellung vorübergehender Unterkünfte in regulären Wohnungen. Das Programm *Pisos Puente* [Brücken-

- Wohnungen] bietet ausgewählten Roma-Familien, die mit der Kommune einen Integrationsvertrag schließen, Unterkunft in Mietwohnungen, ein monatliches Einkommen, soziale Dienste und berufliche Beratung.
- ³⁹ Interview mit einem Beamten der lokalen Behörde in Cordoba, Spanien am 17.3.2009.
- ⁴⁰ „APPEL DES ELUS Pour une politique d'accueil et d'accès aux droits en direction des Roms d'Europe de l'Est installés en France [Gewählte Vertreter fordern für Roma aus Osteuropa in Frankreich eine Politik der Aufnahme und Gewährung ihrer Rechte]“, abrufbar unter <http://www.romeurope.org/?p=1398#more-1398>, (7.9.2009).
- ⁴¹ Interview mit Romeurope, Paris, Frankreich, 24.9.2009.
- ⁴² Heyraud, Emmanuel. 2009. „Accueil des Populations Roms: Mise en place d'un groupe de travail au sein de l'AMGVF“ in *Grandes Villes Hebdo: La lettre des Maires de Grandes Villes de France* N° 804 - 8 Juillet 2009, Sommaire, S. 5.
- ⁴³ Siehe Romeurope, www.romeurope.org (6.9.2009).
- ⁴⁴ Interview mit Romeurope, Paris, Frankreich, 24.9.2009.
- ⁴⁵ Romeurope (2008) Report 2007-2008 (Bericht 2007-2008), Paris: Romeurope, <http://www.statewatch.org/news/2009/jan/roma-in-europe-report-2008.pdf> (6.9.2009).
- ⁴⁶ Interview mit Romeurope, Paris, Frankreich, 24.9.2009.
- ⁴⁷ Fundación Secretariado Gitano 2009. „Programme for fostering the integration of the Romani immigrant groups from Eastern European countries [Programm zur Förderung der Integration von Roma-Migrantengruppen aus osteuropäischen Ländern]“ Madrid: FSG.
- ⁴⁸ Dies ist nicht der offizielle Titel, sondern eine Sammelbezeichnung für alle Aktivitäten mit „ausländischen Roma“.
- ⁴⁹ Diese Maßnahme ist somit einerseits eine Initiative der Zivilgesellschaft, steht aber an einem gewissen Punkt auch für eine relative Einbindung in ein operationelles Programm des ESF als Querschnittsaufgabe. Innerhalb des operationellen Programms fungiert die FSG als zwischengeschaltete Stelle. Weitere Informationen unter <http://www.gitanos.org> (1.12.2009).
- ⁵⁰ Fundación Secretariado Gitano (2009) *Plan Estratégico 2009-2013*, S.39, <http://www.gitanos.org/publicaciones/planestrategicoFSG09-13/> (17.9.2009).
- ⁵¹ Programa Plurirregional de Lucha Contra la Discriminación. Programa Acceder; ESF 2007-2013 - Acciones dirigidas a la población gitana. Documento Marco. Dezember 2007, S. 19.
- ⁵² Für weitere Informationen siehe <http://www.santegidio.org/index.php?pageID=840&idLng=1062> (20.10.2009).
- ⁵³ Interview mit der Comunità di Sant' Egidio in Italien am 7.4.2009.
- ⁵⁴ „Award-winning partnership with Roma in Glasgow [Preisgekrönte Partnerschaft mit Roma in Glasgow]“. <http://www.oxfamblogs.org/ukpovertypost/2009/03/award-winning-partnership-with-roma-community-in-glasgow/> (8.9.2009).
- ⁵⁵ Zitiert in „Award-winning partnership with Roma in Glasgow [Preisgekrönte Partnerschaft mit Roma in Glasgow]“ <http://www.oxfamblogs.org/ukpovertypost/2009/03/award-winning-partnership-with-roma-community-in-glasgow/> (8.9.2009).
- ⁵⁶ „What is EUroma? [Was ist EUroma]“, abrufbar unter <http://www.euromanet.eu/about/index.html> (9.9.2009).

Europäische Kommission

Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA)

Die Situation von Roma-EU-Bürgern, die in andere EU-Mitgliedstaaten übersiedeln

Ausgewählte positive Initiativen

Design: FRA, Wien

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

2010 - 20 pp, - 21 x 29.7 cm

ISBN-13: 978-92-9192-548-3

doi: 10.2811/34984

Zahlreiche Informationen über die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte finden Sie im Internet. Die Informationen können über die FRA-Website (<http://fra.europa.eu>) abgerufen werden.

© Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, 2010

Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet.

Wo erhalte ich EU-Veröffentlichungen?

Kostenpflichtige Veröffentlichungen:

- über den EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>);
- über die Buchhandlung mit Angabe des Titels, des Verlags und/oder der ISBN-Nummer;
- direkt über eine unserer Verkaufsstellen. Die Kontaktangaben erhalten Sie über die Internetadresse <http://bookshop.europa.eu> oder durch eine Anfrage per Fax unter der Nummer +352 2929-42758.

Publicaciones gratuitas:

- A través de EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu/>).
- En las representaciones o delegaciones de la Comisión Europea.
Puede obtener sus datos de contacto en el sitio web <http://ec.europa.eu/> o mandando un fax al +352 2929-42758.

FRA - European Union Agency for Fundamental Rights

Schwarzenbergplatz 11

1040 - Wien

Austria

Tel.: +43 (0)1 580 30 - 0

Fax: +43 (0)1 580 30 - 691

E-Mail: information@fra.europa.eu

<http://fra.europa.eu>



■ Publications Office

ISBN 978-92-9192-548-3



9 789291 925483